

Antrag 1:

- 1. Wir beantragen die Einrichtung eines Beirates Inklusion für die Stadt Korntal-Münchingen. Dieser soll sich zusammensetzen aus Menschen mit verschiedenen Handicaps, die in unserer Kommune wohnen, Menschen mit Fluchthintergrund, Menschen aus Verwaltung und den Fraktionen, Menschen aus Kirche und Wirtschaft, Verbänden und Vereinen, Schule und Kita. Der Beirat nimmt seine Arbeit vor dem 30.06.2023 auf. Er tagt zwei Mal jährlich.**

2. Begründung

Dieser Beirat soll die Arbeit der Inklusionsbeauftragten unterstützen, weiten und verstetigen. Er soll sicherstellen, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen oder Diskriminierungserfahrungen authentisch vertreten werden und der Verwaltung plausibel darlegen, welche Verbesserungen in unserer Kommune erfolgen müssen.

Der Beirat ist offen für alle Menschen mit Behinderung aus unserer Kommune, die sich für die beschriebenen Ziele einsetzen möchten.

Er setzt sich zusammen aus Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen, wie: Lernschwierigkeiten, Sinnesbehinderung, körperliche und seelische Behinderung.

Durch die differenzierte Besetzung des Beirats wird eine umsichtige und mehrperspektivische Herangehensweise gesichert. Gewährleistet wird durch die Besetzung eine breite Streuung in die Kommune.

Die Mitglieder des Beirates werden von der Verwaltung angefragt und ausgewählt und sollen zunächst für vier Jahre dem Beirat angehören. Er ist ein unabhängiges, nicht weisungsgebundenes und ehrenamtlich tätiges Gremium, angesiedelt bei der Verwaltung.

Er wird gegründet mit der Absicht, Betroffene als Experten oder Expertinnen in eigener Sache zu beteiligen und ihre Einschätzungen zu verschiedenen Themen einzubeziehen.

Gemeinderatsfraktion Korntal-Münchingen

Albrecht Gaiser

Harald Wagner

Lore Piette

Thomas Stork/Isolde Onken



3. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Keine

4. Auswirkungen auf den Stellenplan

Keine

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antrag 2:

- 1. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die bisher gestellten und beschlossenen Anträge aller Fraktionen bis zum Ende Juni 2023 dargelegt, abgearbeitet oder mit einer zeitlich festgelegten Terminierung versehen werden.**

2 . Begründung

Die Fraktionen bemühen sich durch ihre Anträge zum Wohle der Stadt beizutragen und somit ihrer Aufgabe zu entsprechen. Oft haben wir den Eindruck, dass die Bearbeitung der gestellten Anträge von Seiten der Verwaltung nicht ernst genommen wird, wenig Priorität hat, bzw. nicht vollumfänglich bearbeitet oder sorgfältig durchgeführt wird.

Wir haben Verständnis, dass die Umsetzung der Anträge eine aufwändige Bearbeitung verlangt, die bei einem hohen Arbeitspensum der Verwaltung nicht immer gegeben ist. Es gilt aber im Sinne einer gegenseitigen Wertschätzung, dass das von der Verwaltung in uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erwartete Vertrauen ebenso in die umgekehrte Richtung gewährt werden sollte.

Hilfreich könnte es sein, gemeinsam Zielvereinbarungen zur Zusammenarbeit zu entwickeln und gemeinsam zu beschließen, etwa wie folgt:

Zusammenhalt bildet die Basis für gute Zusammenarbeit. Wir vertrauen einander und können uns auf uns verlassen. Wir nehmen uns ernst und versetzen uns in die Lage des anderen, da wir unterschiedliche Blickwinkel als Bereicherung ansehen. Lob und Würdigung gehören für uns zu einem respektvollen Miteinander. Kompetenzen, Leistungen und auch Belastungen werden wahrgenommen und respektiert. Die ehrenamtliche Arbeit des Gemeinderats wird geschätzt. Kritik äußern wir sachlich und nachvollziehbar mit Rücksicht auf die gegenseitigen Belange und Umstände. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass insbesondere bei hoher Arbeitsbelastung und mutigen Entscheidungen Fehler passieren können. Vertrauensbildung geschieht auch außerhalb von Sitzungen. Begegnungen zwischen Gemeinderat und Stadtverwaltung sind ausdrücklich erwünscht. Hierzu nutzen wir Räume und Gelegenheiten.

Gemeinderatsfraktion Korntal-Münchingen

Albrecht Gaiser

Harald Wagner

Lore Piette

Thomas Stork/Isolde Onken

3. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Keine

4. Auswirkungen auf den Stellenplan

Keine

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Antrag 3: Silvesterfeuerwerk 2023

1. **Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt**, dass 1.1. in den verschiedenen Ortsteilen nur ausgewiesene Plätze für das Silvesterfeuerwerk freigegeben werden oder alternativ 1.2. die bestehenden Verbotszonen sinnvoll vergrößert werden.

2. Begründung

Die letzten Jahre haben gezeigt, es geht auch ohne Pyrotechnik. Sicherlich ist das Feuerwerk für viele eine individuelle Freude, die sich jede*r leisten kann. Aber wollen wir uns das leisten? Zum Wohle der Tiere, der Menschen und der Umwelt halten wir es für zwingend notwendig, Pyrotechnik zu vermeiden zumindest auf ein lokal überschaubares Maß zu reduzieren.

Von der Verwaltung soll geprüft werden, welche Plätze in den verschiedenen Stadtteilen für Pyrotechnik freigegeben werden können. Ein zentraler Ort zwischen den Stadtteilen, könnte die Identifikation mit der Gesamtstadt fördern. Das individuelle Feuerwerk kann so im öffentlichen Raum stattfinden, Begegnungen und ein sozialer Austausch ist möglich und die Menschen können feiern.

Mit diesem kleinen Schritt erhoffen wir uns eine geringere Umweltbelastung, eine Reduzierung des Mülls, besonders im Hinblick auf Mitarbeitende des Bauhofes, eine Entlastung der Feuerwehr und der Notärzte.

Durch die Anzahl der freigegebenen Plätze kann die Stadt regulierend eingreifen.

3. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Keine

4. Auswirkungen auf den Stellenplan

Keine



1. Antrag 4: European Energy Award

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Teilnahme am „European energy award“, dem umsetzungsorientierten Klimaschutz in Kommunen mit Unterstützung der LEA.

Dazu werden in der Kommune ein Energieteam von Verwaltung und engagierten sachkundigen Bürgern eingerichtet und jährliche Aktionspläne entwickelt und umgesetzt.

2. Begründung:

Durch regelmäßige Prüfung und Kontrolle der Klimaschutzaktivitäten in teilnehmenden Kommunen können Potenziale des nachhaltigen Klimaschutzes identifiziert und genutzt werden. Ein kommunales Energieteam analysiert und evaluiert dabei mit Unterstützung durch einen akkreditierten Berater die jeweiligen Ist-Zustände im Bereich Klimaschutz und Energie selbst und kann auf Grundlage dieser Ergebnisse qualifizierte Maßnahmen planen und umsetzen.

Im Drei-Jahres-Turnus erfolgt ein externes Audit durch qualifizierte Berater, in welchem die Fortschritte gemessen und bewertet werden. Erreicht die Kommune 50% der möglichen Punkte, wird der European Energy Award verliehen, bei 75% der European Energy Award in Gold. Durch diese regelmäßige Überprüfung wird die Energieeffizienz in den Kommunen kontinuierlich gesteigert.

In Baden-Württemberg nehmen aktuell insgesamt 102 Städte und Gemeinden sowie 20 Landkreise am „European Energy Award“ teil. Bisher konnten sieben besonders erfolgreiche Kommunen die Auszeichnung in „Gold“ erlangen, darunter auch die Stadt Ludwigsburg.

Die Energieagentur im Kreis Ludwigsburg LEA e.V. unterstützt ihre Mitgliedskommunen bei der Antragsstellung und beim Erarbeiten und Umsetzen von Maßnahmen für den eea.

Gemeinderatsfraktion Korntal-Münchingen
Albrecht Gaiser
Harald Wagner
Lore Piette
Thomas Stork/Isolde Onken



3. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Keine

4. Auswirkungen auf den Stellenplan

Keine

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Antrag 5: Freiwillige Wärmeplanung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine freiwillige kommunale Wärmeplanung die zum Ziel eine klimaneutrale Wärmeversorgung der Stadt bis 2045 hat. Es sollten auch die Möglichkeit einer interkommunalen Zusammenarbeit und die Fördermöglichkeiten genutzt werden.

2. Begründung:

Die kommunale Wärmeplanung ist ein technologieoffener, langfristiger und strategisch angelegter Prozess mit dem Ziel einer weitgehend klimaneutralen Wärmeversorgung bis zum Jahr 2045. Sie ist als integraler und eigenständiger Teil der kommunalen Energieleitplanung zu verstehen. Grundsätzlich sollte die Wärmeplanung das gesamte Gemeindegebiet umfassen und die privaten Wohngebäude, die kommunalen Liegenschaften und die gewerblichen Gebäude darstellen. Die kommunale Wärmeplanung koordiniert im gesamten Gemeindegebiet die Deckung der zukünftigen Wärmebedarfe durch vor Ort verfügbare und nachhaltige Wärmequellen.

Die kommunale Wärmeplanung bildet die Grundlage für Detailplanungen zur Wärmeversorgung. Die Wärmeplanung erfordert: eine Bestandsaufnahme als Überblick des heutigen und zukünftigen Wärmebedarfs der Gebäude oder vorhandenen Energieinfrastrukturen oder nachhaltigen Wärmequellen, eine räumliche Prioritätensetzung und eine indikative Maßnahmenplanung. Einen kommunalen Wärmeplan zu erstellen, wird über die Kommunalrichtlinien mit besonders attraktiven Förderquoten unterstützt. Bis zum 31. Dezember 2023 können Kommunen 90 Prozent Förderung erhalten.

3. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Keine

4. Auswirkungen auf den Stellenplan

Keine

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



1. Antrag 6: Zuschuss für Balkon- und Fassaden-PV-Anlagen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt zur Förderung einer Einrichtung von Balkon- oder Fassaden PV-Anlagen einen Zuschuss von 250.- Euro pro Wohnung. Dafür sollen 10 000 Euro in den Haushalt eingestellt werden

2. Begründung:

Die Stadt Korntal- Münchingen ist mit den Kommunen Ditzingen Hemmingen Schwieberdingen und einigen anderen Städten des Landkreises im Kommunal- Netzwerk“ Solarinitiative“ und unterstützt den Ausbau der Solarenergie auf breiter Basis.

Mit einem Stecker-Solargerät können Bürger*Innen Ihren eigenen persönlichen Beitrag zur Energiewende leisten. Die Mini-Solarsysteme produzieren in der Regel genug Strom, um an sonnigen Tagen einen wesentlichen Teil der Grundlast und der Mittagsspitze eines Haushaltes zu decken. Sie reduzieren aber nicht nur die Stromrechnung, sondern bringen auch der Umwelt etwas Gutes: Etwa 2,5 Tonnen CO₂-Ausstoß spart das Mini-Solarsystem in 20 Jahren.

3. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

10.000.- €

4. Auswirkungen auf den Stellenplan

Keine

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Antrag 7: Mit dem Rad zur Arbeit – Kilometergeld für Mitarbeitende

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt ein Kilometergeld für alle die mit dem Rad zur Arbeit kommen in Höhe von 30 Cent pro Fahrradkilometer für die einfache Strecke, gedeckelt auf monatlich 80 Euro (analog ÖPNV)

2. Begründung:

Angesichts des Fortschreitens der Klimaerhitzung ist es ein wichtiges Anliegen, auf allen Ebenen Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Es gilt in allen Handlungsfeldern (Energie, Mobilität, Beschaffung) möglichst schnell zu senken und klimaneutral zu werden. Um das behördliche Mobilitätsmanagement voranzutreiben zielt der Antrag darauf ab, nachhaltige Mobilitätsformen bei den Mitarbeitenden zu fördern und den PKW-Individualverkehr zu reduzieren. und dient der Förderung des Radfahrens. Radfahren ist nicht nur eine klimafreundliche Form der Mobilität (pro gefahrenem Kilometer werden etwa 138 g CO₂ vermieden) es fördert auch die Gesundheit. Städte wie Ludwigsburg und Ditzingen sowie der Landkreis Ludwigsburg gewähren ihren Mitarbeitenden einen Radfahr-Bonus.

3. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Je nach beantragten Meldungen der Mitarbeitenden

4. Auswirkungen auf den Stellenplan

Keine

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen